



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITY LINZ | JKU



INSTITUT FÜR ANGEWANDTE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Pressemitteilung

***Prognose zur Entwicklung der
Schattenwirtschaft in Deutschland
im Jahr 2013***

Tübingen und Linz, 6. Februar 2013

Schattenwirtschaftsprognose 2013:

Relativ günstige Wirtschaftsentwicklung und Entlastungen bei der Rentenversicherung führen zu weniger Schattenwirtschaft

Durch die günstige Entwicklung der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt wird sich der Umfang der Schattenwirtschaft im Jahr 2013 in Deutschland leicht reduzieren. Auch die Anhebung der Verdienstgrenze bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (Minijobs) trägt zu einer geringen Verminderung bei. Dies ergeben Modellschätzungen, die der Schattenwirtschaftsexperte Professor Friedrich Schneider (Universität Linz) gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen vorgelegt hat.

Prognose der Schattenwirtschaft in Deutschland und international

Aus den Modellschätzungen ergibt sich für das Jahr 2013, dass die Schattenwirtschaft um ca. 2,7 Mrd. € auf 340,3 Mrd. € zurückgehen wird (siehe Abbildung 1). Dies ist eine Folge des positiven Wirtschaftswachstums, das nach vorliegenden Prognosen 0,9 % betragen wird, und der positiven Situation auf dem Arbeitsmarkt, für den mit 2,75 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt gerechnet wird (siehe Tabelle 2). Die Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 % auf 18,9 % vermindert zusätzlich den Anreiz, in die Schattenwirtschaft auszuweichen. In geringem Ausmaß trägt dazu auch die Anhebung der Verdienstgrenze bei den Minijobs von 400 € auf 450 € monatlich bei.

Mit dem Rückgang der Schattenwirtschaft setzt sich ein Trend fort, der bereits seit dem Jahr 2003 besteht und nur während der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 kurz unterbrochen wurde. In den Jahren 2010 bis 2012 führten die günstige Arbeitsmarktentwicklung und das kräftige Wachstum wieder dazu, dass die Schattenwirtschaft um 9 Mrd. € ge-

sunken ist. Der prognostizierte Rückgang im Jahr 2013 ist im Vergleich jedoch weniger stark als in den Vorjahren.

Deutschland liegt beim Vergleich des Schattenwirtschaftsvolumens in den OECD-Ländern mit der Größe seiner Schattenwirtschaft im Mittelfeld, während sich Österreich und die Schweiz im unteren Drittel befinden (siehe Abbildung 2). Die südeuropäischen Länder sind mit einem Ausmaß der Schattenwirtschaft zwischen 20 % und 25 % des offiziellen Bruttoinlandsprodukts nach wie vor Spitzenreiter. Für das Jahr 2013 wird prognostiziert, dass die Schattenwirtschaft in den meisten OECD-Ländern zurückgehen wird. Die Einkommensverluste in Ländern wie Griechenland und Spanien wirken tendenziell dämpfend auf den Umfang der Schattenwirtschaft, da dort weniger schattenwirtschaftliche Leistungen nachgefragt werden.

Von 2003 bis 2012 konnte Deutschland den Anteil der Schattenwirtschaft etwas stärker vermindern als die OECD-Länder im Durchschnitt (siehe Abbildung 3). Positiv trug dazu die relativ günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in diesem Zeitraum bei, negativ schlug vor allem die Erhöhung der Umsatzsteuer im Jahr 2007 zu Buche.

Auswirkungen von alternativen Politikszenerarien auf die Schattenwirtschaft

Mit der Anhebung der Verdienstgrenzen sind Minijobs derzeit wieder in der Diskussion. Eine Zielsetzung bei der Einführung von Minijobs im Jahr 2003 war die Reduzierung der Schwarzarbeit. Wie stark würde die Schattenwirtschaft steigen, wenn Minijobs im Jahr 2013 abgeschafft würden, so dass die daraus erzielten Einkommen voll versteuert werden müssten?

Eine volle Steuerpflicht auf geringfügige Beschäftigungsentgelte würde vor allem bei Beschäftigten, die Minijobs als Nebenjob ausüben, einen deutlichen Anreiz zum Ausweichen in Schattenwirtschaft bewirken. Bei einem durchschnittlichen Einkommen einer nebenberuflich tätigen Person beträgt der Grenzsteuersatz 29 % (Alleinverdiener) bzw. 28 % (zusammen veranlagte Ehepaare). Bei ausschließlich geringfügig Beschäftigten liegen die Grenzsteuersätze bei zusammen veranlagten Ehepaaren nur wenig niedriger, so dass auch hier ein erheblicher Anreiz bestünde, in die Schwarzarbeit auszuweichen. Bei den meisten einzeln veranlagten geringfügig Beschäftigten würde dagegen die Änderung nicht dazu führen, dass sie Einkommensteuer zahlen müssten.

Der geschätzte Zuwachs der Schattenwirtschaft beliefte sich in diesem Szenario auf 7 Mrd. €. Dies ist angesichts der stark geänderten Anreize ein relativ moderater Anstieg. Die Schattenwirtschaft stiege dadurch auf das Niveau des Jahres 2008 (siehe Tabelle 3). Dass der Anstieg der Schattenwirtschaft nicht größer ausfiele, liegt daran, dass die Schwerpunkte bei der geringfügigen Beschäftigung meist nicht in den Bereichen liegen, in denen Schattenwirtschaft stark verbreitet ist. Am ehesten würden bisher geringfügig Beschäftigte im Gastgewerbe, im Verkehrssektor und in der Gebäudereinigung in die Schattenwirtschaft übergehen.

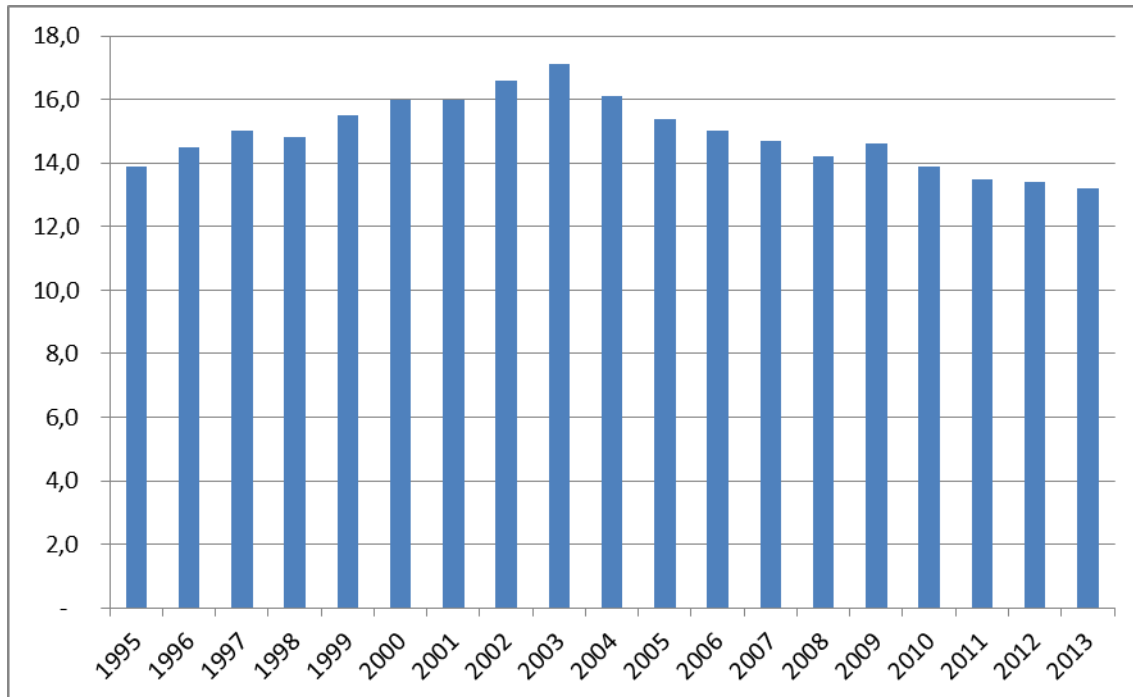
Neben der Abschaffung der Minijobs lässt sich auch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe von 8,50 € simulieren. Durch diese Maßnahme würde sich die Schattenwirtschaft um 900 Mio. € erhöhen, da sich für Unternehmen ein Anreiz ergäbe, die Regulierung durch das Ausweichen in die Schattenwirtschaft zu umgehen.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Friedrich Schneider
Institut für Volkswirtschaftslehre
Johannes Kepler Universität Linz
4040 Linz-Auhof
Österreich
Tel.: 0043-732-2468-8210
Mobil: 0043-6643085228
Fax: 0043-732-2468-28210
E-Mail: friedrich.schneider@jku.at

Prof. Dr. Bernhard Boockmann
IAW Tübingen
Ob dem Himmelreich 1
72074 Tübingen

Tel.: 07071 9896-0
Fax: 07071 9896-99
E-Mail: bernhard.boockmann@iaw.edu

Abbildung 1: Verhältnis von Schattenwirtschaft zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**Tabelle 1: Originalwerte zu Abbildung 1**

Jahr	Schattenwirtschaft in Mrd. €	Verhältnis Schattenwirt- schaft zu offiziellem BIP
1975	30	5,8
1980	80	10,8
1985	102	11,2
1990	148	12,2
1995	241	13,9
1996	258	14,5
1997	275	15,0
1998	281	14,8
1999	302	15,5
2000	322	16,0
2001	330	16,0
2002	350	16,6
2003	370	17,1
2004	356	16,1
2005	346	15,4
2006	346	15,0
2007	349	14,7
2008	347	14,2
2009	352	14,6
2010	348	13,9
2011	344	13,5
2012	343	13,4
2013	340,3 ^a	13,2 ^a

Anmerkung: Von 1995 an Werte für Gesamtdeutschland, ^a Wert auf der Basis von aktuellen Prognosen

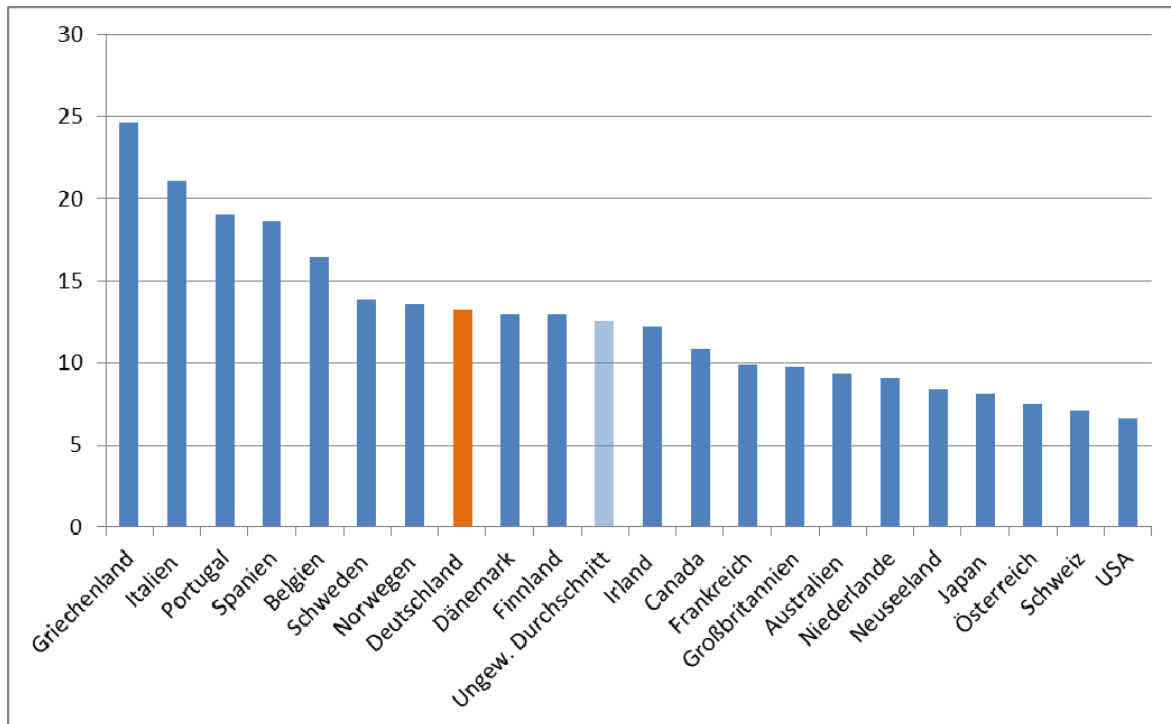
Tabelle 2: Auswirkungen der Konjunktur und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Schattenwirtschaft im Jahr 2013

Annahmen/Maßnahmen 2013	Auswirkungen (Zuwachs (+) /Minderung (-)) auf die Schattenwirtschaft Angaben in Mio. Euro
(1) Wirtschaftslage BIP-Wachstum 0,80%, Arbeitslosigkeit 2,75 Mio.	-1.400
(2) Senkung der Rentenbeitragssätze von 19,6% auf 18,9% bei Anstieg der Bemessungsgrundlage von 5.600 € auf 5.800 € (West) bzw. 4.800 € auf 4.900 € (Ost)	-1.100
(3) Erhöhung der Verdienstgrenze bei den Minijobs von 400 € auf 450 €	-200
Maßnahmen (1)-(3)	-2.700

Tabelle 3: Auswirkungen von alternativen Politikszenerarien auf die Schattenwirtschaft im Jahr 2013

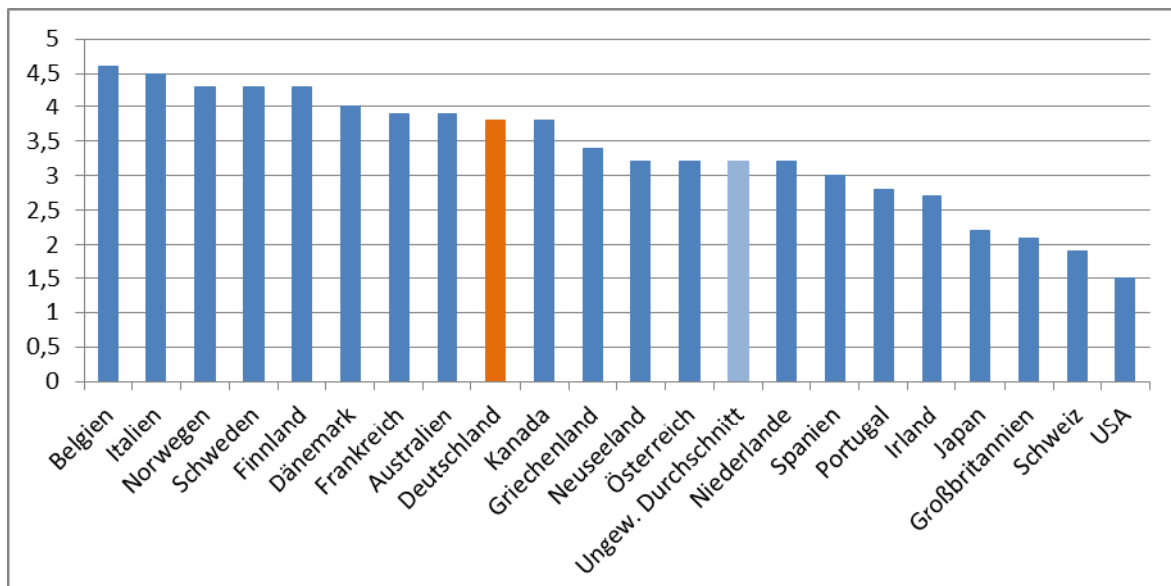
Annahmen/Maßnahmen 2013	Auswirkungen (Zuwachs (+) /Minderung (-)) auf die Schattenwirtschaft Angaben in Mio. Euro
(4) Abschaffung der Minijobs Einführung der vollen Steuerpflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse	+7.000
(5) Bundesweiter Mindestlohn in allen Branchen Einheitliche Lohnuntergrenze von 8,50 € pro Stunde für 5,79 Mio. Beschäftigte	+900

**Abbildung 2: Niveau der Schattenwirtschaft in den OECD-Ländern 2013
(im Verhältnis zum BIP)**



Angegeben ist das Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP.

**Abbildung 3: Rückgang der Schattenwirtschaft in den OECD-Ländern
2003 bis 2013**



Angegeben ist die Änderung im Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP in Prozentpunkten in den Jahren 2003 und 2013.

Tabelle 3: Originalwerte zu Abbildungen 2 und 3

OECD-Länder	Durchschnitt 1989/90	Durchschnitt 1994/95	Durchschnitt 1997/98	Durchschnitt 1999/00	Durchschnitt 2001/02	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}
1. Australien	10.1	13.5	14.0	14.3	14.1	13.7	13.2	12.6	11.4	11.7	10.6	10.9	10.3	10.1	9.8	9.4
2. Belgien	19.3	21.5	22.5	22.2	22.0	21.4	20.7	20.1	19.2	18.3	17.5	17.8	17.4	17.1	16.8	16.4
3. Canada	12.8	14.8	16.2	16.0	15.8	15.3	15.1	14.3	13.2	12.6	12.0	12.6	12.2	11.9	11.5	10.8
4. Dänemark	10.8	17.8	18.3	18.0	17.9	17.4	17.1	16.5	15.4	14.8	13.9	14.3	14.0	13.8	13.4	13.0
5. Deutschland	11.8	13.5	14.9	16.0	16.3	17.1	16.1	15.4	15.0	14.7	14.2	14.6	13.9	13.5	13.4	13.2
6. Finnland	13.4	18.2	18.9	18.1	18.0	17.6	17.2	16.6	15.3	14.5	13.8	14.2	14.0	13.7	13.3	13.0
7. Frankreich	9.0	14.5	14.9	15.2	15.0	14.7	14.3	13.8	12.4	11.8	11.1	11.6	11.3	11.0	10.8	9.9
8. Griechenland	22.6	28.6	29.0	28.7	28.5	28.2	28.1	27.6	26.2	25.1	24.3	25.0	25.4	25.2	24.8	24.6
9. Großbritannien	9.6	12.5	13.0	12.7	12.5	12.2	12.3	12.0	11.1	10.6	10.1	10.9	10.7	10.5	10.1	9.7
10. Irland	11.0	15.4	16.2	15.9	15.7	15.4	15.2	14.8	13.4	12.7	12.2	13.1	13.0	12.8	12.7	12.2
11. Italien	22.8	26.0	27.3	27.1	27.0	26.1	25.2	24.4	23.2	22.3	21.4	22.0	21.8	21.6	21.6	21.1
12. Japan	8.8	10.6	11.1	11.2	11.1	11.0	10.7	10.3	9.4	9.0	8.8	9.5	9.2	9.0	8.8	8.1
13. Niederlande	11.9	13.7	13.5	13.1	13.0	12.7	12.5	12.0	10.9	10.1	9.6	10.2	10.0	9.8	9.5	9.1
14. Neuseeland	9.2	11.3	11.9	12.8	12.6	12.3	12.2	11.7	10.4	9.8	9.4	9.9	9.6	9.3	9.1	8.4
15. Norwegen	14.8	18.2	19.6	19.1	19.0	18.6	18.2	17.6	16.1	15.4	14.7	15.3	15.1	14.8	14.3	13.6
16. Österreich	6.9	8.6	9.0	9.8	10.6	10.8	11.0	10.3	9.7	9.4	8.1	8.5	8.2	7.9	7.6	7.5
17. Portugal	15.9	22.1	23.1	22.7	22.5	22.2	21.7	21.2	20.1	19.2	18.7	19.5	19.2	19.4	19.4	19.0
18. Schweden	15.8	19.5	19.9	19.2	19.1	18.6	18.1	17.5	16.2	15.6	14.9	15.4	15.0	14.7	14.3	13.9
19. Schweiz	6.7	7.8	8.1	8.6	9.4	9.5	9.4	9.0	8.5	8.2	7.9	8.3	8.1	7.8	7.6	7.1
20. Spanien	16.1	22.4	23.1	22.7	22.5	22.2	21.9	21.3	20.2	19.3	18.7	19.5	19.4	19.2	19.2	18.6
21. USA	6.7	8.8	8.9	8.7	8.7	8.5	8.4	8.2	7.5	7.2	7.0	7.6	7.2	7.0	7.0	6.6
Ungew. Durchschnitt über 21 OECD Länder	12.7	16.2	16.8	16.8	16.7	16.5	16.1	15.6	14.5	13.9	13.3	13.8	13.6	13.4	13.3	12.6

a) Werte auf Basis von aktuellen Prognosen